

DAHLER & COMPANY
IMMOBILIEN

Frohe und erholsame Ostertage!
Wünscht Ihnen Ihr gesamtes
DAHLER & COMPANY Team

www.dahlercompany.com/hannover

9614801_000122

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland

www.haz.de



Es geht wieder rund
Am Sonnabend beginnt auf dem Schützenplatz der „Hanno-Park“ **Seite 23**

THEMEN DES TAGES

HANNOVER
Drei Stunden Wartezeit vor dem Bürgeramt
Mittwochs sind fast alle Bürgerämter für Spontanbesuche geöffnet – doch gestern bildeten sich lange Warteschlangen vor dem Bürgeramt Ricklingen. Teilweise warteten die Kunden drei Stunden, bis sie an der Reihe waren. **Seite 18**

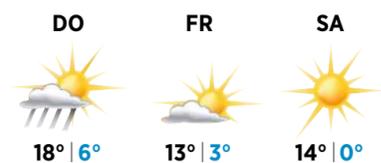
Polizei bereitet sich auf „Car-Freitag“ vor
Karfreitag treffen sich traditionell viele Autoenthusiasten in Hannover und fahren auch möglichst lautstark durch die Stadt. Die Polizei plant gezielte Kontrollen, Vergehen sollen „konsequent geahndet werden“. **Seite 22**

NIEDERSACHSEN
Stürme und Dürre: Waldarbeiter sind am Limit
Die Gewerkschaft IG Bauen-Agrar-Umwelt fordert mehr Personal für niedersächsische Forstbetriebe. Die Schäden durch Stürme und Dürre seien stark gestiegen, das Personal befinde sich am Limit. **Seite 7**

WIRTSCHAFT
Alte Windkraftanlagen lohnen sich wieder
Wegen der stark gestiegenen Energiepreise lohnt sich der Betrieb älterer Windkraftanlagen auch ohne die Förderung nach dem Erneuerbare-Energien-Gesetz. **Seite 9**

POLITIK
Größte Rentenerhöhung seit Jahrzehnten
Das Bundeskabinett hat am Mittwoch die kräftigste Rentenerhöhung seit Jahrzehnten auf den Weg gebracht. Auch Verbesserungen bei der Erwerbsminderungsrente sind geplant. **Seite 4**

WETTER



Börse	10	Wetter	28
Täglich (fast) alles	24	Medien	28
Kino	27	TV-Programm	29, 30
Familienanzeigen	20	Rätsel	31

Hannoversche Allgemeine
HANNOVERSCHER ANZEIGER VON 1893

Postanschrift: 30148 Hannover
Redaktion: (05 11) 5 18-0
Kleinanzeigen Privatkunden: 08 00-1 23 44 01*
Kleinanzeigen Geschäftskunden: 08 00-1 23 44 02*
Telefax Kleinanzeigen: 08 00-1 23 44 10*
Abonnenten-Service: 08 00-1 23 43 04*

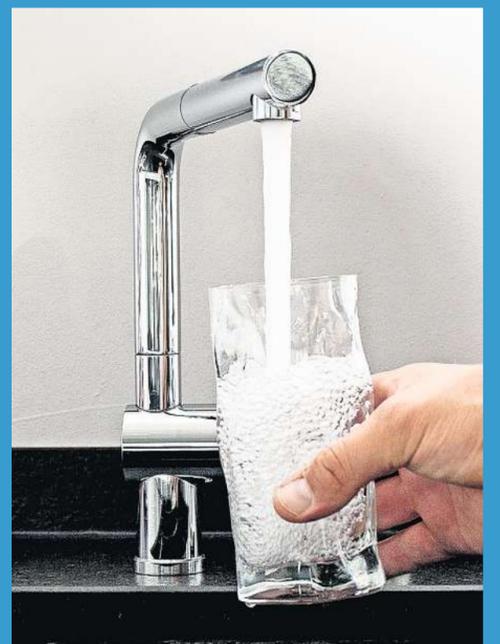
www.haz.de @haz.de
@HannoverscheAllgemeine @HAZ

Partner im RedaktionsNetzwerk Deutschland



Wem gehört das Wasser?

Wer braucht es dringender: Die Bäume im Norden der Region Hannover – oder die Haushalte in der Landeshauptstadt? Um das Nass des Fuhrberger Feldes ist ein Streit entbrannt. **Seite 8**



FOTOS: GABRIELE SCHULTE - PICTURE ALLIANCE / FOTOSTAND

Forscher: Energieembargo würde Deutschland in die Rezession führen

Wirtschaftsinstitute dampfen bisherige Wachstumsprognosen schon ohne weitere Sanktionen gegen Russland drastisch ein / Althusmann: Erheblicher Dämpfer für Niedersachsen

Von Tobias Peter, Roman Gerth und Michael B. Berger

Berlin. Kommt es schlimmer? Oder kommt es noch schlimmer? Das ist die unerfreuliche Frage, mit der sich führende Wirtschaftsforscher in ihrer Gemeinschaftsdiagnose befassen. „Die deutsche Wirtschaft steuert durch schwieriges Fahrwasser“, schreiben sie in ihrem Frühjahrsgutachten, das am Mittwoch veröffentlicht wurde. „Die Auftriebskräfte durch den Wegfall der Pandemiebeschränkungen, die Nachwehen der Corona-Krise und die Schockwellen durch den Krieg in der Ukraine sorgen für gegenläufige konjunkturelle Strömungen“, erklären sie. „Allen Einflüssen gemeinsam ist ihre preistreibende Wirkung.“

Das ist das Fazit der Forscher und Forscherinnen, die von dem Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung (DIW), dem Ifo-Institut, dem Kieler Institut für Weltwirtschaft, dem Institut für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) und dem RWI in Essen kommen. Sie schrauben deshalb ihre

Wachstumsprognose für das laufende Jahr erheblich nach unten: Statt der ursprünglich erwarteten 4,8 Prozent werde die deutsche Wirtschaft nur um 2,7 Prozent wachsen. Für 2023 rechnen sie mit 3,1 Prozent. Damit sind sie zwar optimistischer als die „Wirtschaftsweisen“, die dieses Jahr nur 1,8 Prozent erwarten, aber klar ist: Die Erholung nach der Corona-Pandemie wird sich verzögern.

Ein wichtiges Thema ist die Inflation. Die Ökonomen verweisen darauf, dass die Preise schon vor dem russischen Angriff auf die Ukraine gestiegen seien. Zum Beispiel hätten die staatlichen Hilfspakete während der Pandemie preistreibend gewirkt. Nach den langen Einschränkungen saß auch das Geld bei vielen Verbrauchern etwas lockerer. Seit Kriegsbeginn treiben die hohen Energiepreise die Inflation an.

Die Institute rechnen in diesem Jahr mit einer Inflationsrate von knapp über 6 Prozent, und das ist nur das sogenannte Basisszenario. Darin wird kein Lieferstopp für russisches Öl und Gas angenommen. Auch für diesen Fall gibt es aber ein Szenario:

„Allen Einflüssen gemeinsam ist ihre preistreibende Wirkung.“

Aus dem Gutachten von führenden Forschungsinstituten

Ein sofortiges Embargo für Energielieferungen aus Russland würde demnach die gesamtwirtschaftliche Produktion in diesem und dem nächsten Jahr um 220 Milliarden Euro drücken. 2023 würde das Bruttoinlandsprodukt dadurch um fast 2 Prozent schrumpfen. Nicht eingerechnet sind dabei mögliche strukturelle Folgen für die verschiedenen Industriebranchen.

Stefan Kooths, Leiter des Kieler Instituts für Weltwirtschaft, meint, im Fall eines Energieembargos „dürfte die deutsche Wirtschaft im kommenden Jahr in eine scharfe Rezession geraten“. Ein Faktor, der die Konjunkturaussichten weiter eintrübt, sei die erhöhte Unsicherheit. Sie sei „Gift für die Konjunktur“, sagt Kooths.

Ein Lieferstopp hätte auch langfristige Folgen, sagte DIW-Chef Marcel Fratzscher unserem RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND). Energieintensive Unternehmen würden dann international „zurückfallen und an Wettbewerbsfähigkeit verlieren“. Ein Embargo sei „eigentlich nicht primär eine wirtschafts-

politische Frage, sondern eine moralische und eine politische Frage“.

Niedersachsens Wirtschaftsminister Bernd Althusmann (CDU) spricht von einem „erheblichen Dämpfer“, den die niedersächsische Wirtschaft nach einem guten Start ins neue Jahr und einem „historisch hohen Auftragsbestand“ erlebe. „Die beschlossenen Sanktionen treffen vor allem die russische Wirtschaft. Aber auch unsere deutschen und niedersächsischen Unternehmen sind betroffen.“

Volker Müller, Hauptgeschäftsführer der Unternehmensverbände Niedersachsen, glaubt dennoch, dass die Weltkonjunktur läuft. Aber nicht nur Niedersachsen müsse genau hinschauen, wie sich die Zinsentwicklung verhalte. Eine Zinserhöhung nur um einen Prozentpunkt bedeute 700 Millionen Mehrbelastung für den Landesetat, sagte Müller der HAZ. „Die drohende Zinssteigerung ist für die öffentlichen Haushalte ein Sprengsatz.“

Kommentar Essen gehen wird teurer **Seite 2**
Seite 17

Weitere EU-Hilfe für Kiew

Brüssel gibt weitere 500 Millionen Euro für Waffen frei

Von Daniel Josling

Brüssel/Kiew. Angesichts einer erwarteten Großoffensive Russlands im Osten der Ukraine stellt die EU zusätzliche Mittel für Waffenlieferungen an Kiew bereit. Der Rat der EU-Mitgliedsstaaten in Brüssel hat die Freigabe von weiteren 500 Millionen Euro für die Lieferung von Waffen und Ausrüstung an die ukrainischen Streitkräfte angekündigt. Damit erhöhen sich die zur Verfügung stehenden Mittel auf 1,5 Milliarden Euro.

„Da sich Russland auf eine Offensive im Osten der Ukraine vorbereitet, ist es entscheidend, dass wir unsere militärische Unterstützung für die Ukraine fortsetzen und verstärken, um

ihr Gebiet und ihre Bevölkerung zu verteidigen und weiteres Leid zu verhindern“, sagte der EU-Außenbeauftragte Josep Borrell. Russland wirft dem Westen vor, mit den Waffenlieferungen den Konflikt zu verschärfen.

Zudem soll eine seit 2014 laufende EU-Beratungsmission in der Ukraine ab sofort dabei helfen, Kriegsverbrechen in dem von Russland überfallenen Land aufzuklären. Am Mittwoch beschlossen die EU-Länder, das Mandat der sogenannten EU-Beratungsmission für die Reform des zivilen Sicherheitssektors in der Ukraine (EU-AM) zu ändern. Die Mission werde die ukrainischen Behörden unterstützen, Straftaten während des russischen An-

griffskriegs zu verfolgen, hieß es. Ziel war es bisher gewesen, den ukrainischen Sicherheitssektor zu unterstützen, um die Rechtsstaatlichkeit in dem Land zu stärken.

Unterdessen hat der kurzfristig abgesagte Besuch von Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier in Kiew in Deutschland parteiübergreifend für Empörung gesorgt. Bundeskanzler Olaf Scholz nannte die Entscheidung der Ukraine „etwas irritierend, um es höflich zu sagen“. Außenminister Annalena Baerbock sagte, sie hätte die Reise Steinmeiers „für sinnvoll“ gehalten.

Brüskierter Steinmeier **Seite 4**
Leitartikel **Seite 2**
Kampf um Mariupol **Seite 4**

Infotag

23. April / 10 - 14 Uhr
Bitte mit Voranmeldung unter
0511 84 48 94 80
am Standort Hannover

Berufliches Gymnasium

- Gesundheit & Soziales/Sozialpädagogik
- Gestaltungs- und Medientechnik
- Informationstechnik

Fachoberschule (Einstieg in Klasse 11 oder 12)

- Gesundheit und Soziales
- Gestaltung
- Wirtschaft und Verwaltung

Ausbildung | Studium

- Pharmazeutisch-technische Assistenz (PTA)
- Biologisch-technische Assistenz (BTA)

Studium neben der Ausbildung möglich



ROSS SCHULE
BERND BLINDOW GRUPPE

Studienberatung vor Ort

mehr Infos auf
ROSS-SCHULE.DE